



ARBEITER*INNEN STANDPUNKT

FÜR REVOLUTION, RÄTEDEMOKRATIE UND SOZIALISMUS

Für den Einzug von KPÖ/LINKS aber für echten Kommunismus!

Anmerkung: Aufgrund einer Fehleinschätzung in Bezug auf den Vorzugsstimmwahlkampf von LINKS haben wir unsere Position dahingehend korrigiert, nun Angelika auf Platz 2 der Wiener Landesliste der KPÖ zu unterstützen.

„Volkskanzler“ Kickl? Einzug der KPÖ? Blau-schwarze Regierung oder Dreier-Koalition unter Ausschluss der FPÖ? Warum BIER-Partei?? Das sind Fragen, die vor den Nationalratswahlen am 29. September sicherlich beschäftigen.

Die aktuellen Umfragen prognostizieren der FPÖ einen Wahlsieg mit deutlichem Abstand zur zweitstärksten Partei. Das schürt Angst vor einer blau-schwarzen Regierung und motiviert viele zu einer „Wahl gegen rechts“.

Die FPÖ unter Herbert Kickl hat eine Radikalisierung erfahren und auch die ÖVP ist in den letzten Jahren weiter nach rechts gewandert. Das sehen wir bei der FPÖ ganz klar an der irrationalen und gegenüber Verschwörungstheorien offenen Haltung zur Corona-Pandemie, der Relativierung bis Hinwendung zu den Identitären sowie der propagierten Abschaffung des Asylrechts („Festung Europa“, „Remigration“, „Zuwanderungsstopp“). Programatisch macht die FPÖ klar, was sie will: Am besten keine Asylanträge mehr, Asyl nur auf 3 Jahre, Sozialhilfe nur für Staatsbürger*innen, keine neuen Steuern, Senkung von Körperschafts- und Kapitalertragssteuer, „Strukturreform“ usw. Das bedeutet

eine Politik für Reiche und Konzerne auf dem Rücken aller Arbeitenden und Lohnabhängigen, besonders der Ärmsten in unserer Gesellschaft.

Doch trotz drohendem Wahlerfolg Kickls ist eine blau-schwarze Regierung keine ausgemachte Sache. Nehammer hat Kickl zurecht als Sicherheitsrisiko bezeichnet und eigentlich eine Koalition mit ihm als FPÖ-Chef ausgeschlossen. Wir werden ihn nicht beim Wort nehmen, sofern er nach der Wahl überhaupt noch etwas zu sagen hat. Wenn es sein muss, ist es auch grundsätzlich denkbar, dass Kickl seine Person nicht in den Weg einer FPÖ-geführten Regierung stellt und die Fäden im Hintergrund zieht.

Schwierig, aber durchaus realistisch, wäre auch eine „Anti-Kickl“-Koalition von ÖVP, SPÖ und NEOS oder Grünen. Die SPÖ würde sich zur Abwendung von blau-schwarz billig zur Verfügung stellen, auch wenn Babler nach einer Wahlniederlage nicht abgesägt werden sollte. Arbeitende Menschen haben sich von einer solchen Regierung auch nichts zu erwarten und mehr zu fürchten, denn sie würde nur unter den politischen Bedingungen der ÖVP zustande kommen: Steuergeschenke für die Reichen, Sozialabbau, Staatsrassismus und Aufrüstung.

So oder so deckt sich die kommende Regierung mit den Interessen der herrschenden Kapitalist*innenklasse in Österreich. Denn im Hintergrund der Nationalratswahlen ist sie mit einer schwächelnden oder sogar sinkenden Wirtschaftsleistung kon-

frontiert. Mehrere Industriebetriebe haben angefangen, Beschäftigte zu entlassen und es drohen weitere. Darüber hinaus hat die EU-Kommission vom Finanzministerium aufgrund der Staatsverschuldung und des Budgetdefizits von knapp über 3 % Einsparungen in der Höhe von 11,6 Mrd. Euro bis ins Jahr 2028 verlangt.

Der Kapitalismus steckt in einer tiefen Krise, die sich durch die geopolitischen Spannungen mit China, der offenen Konfrontation des Westens mit Russland, der Eskalationsgefahr im Nahen Osten und der zunehmenden Klimakrise verschränkt und weiter verschärft.

Für die Arbeiter*innenklasse steht das politische Kräfteverhältnis somit grundsätzlich nicht gut. Angesichts eines erreichbaren Einzugs der KPÖ scheint es aber möglich, die sozialdemokratische Dominanz über die Arbeiter*innenbewegung herauszufordern. Es würde die politische Auseinandersetzung in Österreich relevant verändern, wenn es eine bundesweite Kraft gibt, die die Bezeichnung kommunistisch trägt und linke Opposition sein kann. Sie könnte der SPÖ Druck von links machen und damit enttäuschten Sozialdemokrat*innen eine Alternative geben. Das wäre aber auch ein Test für die KPÖ, wie sie diese Oppositionsrolle ausfüllen kann.

Doch so sehr die KPÖ auch ihren Namen verteidigen mag, besonders kommunistisch ist ihre Politik nicht. Eine klassenkämpferische Haltung, das Tragen eines revolu-

tionären Bewusstseins in die Klasse, internationalistische Standpunkte, eine Perspektive über den Kapitalismus hinaus, all davon findet man in ihrer politischen Praxis keine Spur. Stattdessen inszeniert sich die KPÖ lieber als die „Wohnen-Partei“, als ehrliche Helfer*innen (Stichwort Sozialberatung) und vermeidet eine klare Positionierung auf Seiten der Palästinenser*innen („Aktive Neutralitätspolitik“). Das bestätigt sich auch bei einem Blick in das Wahlprogramm „Eine Stimme für leistbares Wohnen“: Hier findet man zwar eine Reihe von unterstützenswerten Reformen aber weder einen Willen zur Überwindung des Kapitalismus noch einen Bezug auf die Arbeiter*innenklasse, die diesen Wandel als einzige tragen kann. Der Rassismus, der auf

und neben der politischen Bühne immer mehr ansteigt, wird nicht einmal erwähnt. Dafür gibt es weiterhin viel über Neutralität und Friedenspolitik, was bei der Ablehnung von NATO-Beitritt und weiterer Aufrüstung gut klingt, doch gleichzeitig ignoriert, dass auch die österreichische Arbeiter*innenklasse im internationalen Klassenkampf nicht neutral sein kann (auch nicht auf militärischem Gebiet). Die KPÖ gehört zwar ideologisch und historisch zur „kommunistischen Bewegung“, am Ende ist sie jedoch eine reformistische Partei, die den Lohnabhängigen keine Strategie zur Überwindung des Kapitalismus bietet.

Wir unterstützen dennoch kritisch die KPÖ bei den Nationalratswahlen. Ein Erfolg würde einen Raum für

Politik links der Sozialdemokratie öffnen und eine historische Möglichkeit bedeuten, die Dominanz der sozialdemokratischen Bürokratie über die Arbeiter*innenbewegung endlich aufzubrechen. Zusätzlich kandidiert die KPÖ in Wien gemeinsam mit der kleinen Partei LINKS, in der auch wir vom Arbeiter*innenstandpunkt aktiv sind und für ein revolutionär-marxistisches Verständnis von Antikapitalismus arbeiten. In diesem Sinn rufen wir dazu auf die Spitzenkandidatinnen von LINKS, Anna auf der Bundesliste der KPÖ; Angelika auf der Wiener Landesliste und unsere eigene Kandidatin Heidi auf Platz 3 der Regionalwahlkreisliste in Wien Nord-West zu unterstützen!

Wofür wir stehen:

Reiche zur Kasse!

- * Radikale Steuern auf Vermögen, Kapital und Erbe
- * Kapitalverkehrskontrollen
- * Öffentliches Sozialsystem ausfinanzieren

Arbeiten zum Leben, nicht umgekehrt!

- * 30 Stunden sind genug! Aufteilung der Arbeit auf alle bei vollem Lohn
- * Für einen gesetzlichen Mindestlohn von 1.800 € netto
- * Schluss mit prekärer Beschäftigung, Befristung und Scheinselbständigkeit

Gewerkschaften müssen kämpfen!

- * Nein zu sozialpartnerschaftlicher Päckerei
- * Gewerkschaftsbasis demokratisch organisieren
- * Gewerkschaftsbürokratie entmachten
- * Klassenkämpferische Bewegung in Betrieben

Lassen wir uns nicht spalten!

- * Volle demokratische und soziale Rechte für Geflüchtete und Zugewanderte
- * Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- * Reproduktions- und Pflegearbeit vergesellschaften
- * Gegen die Unterdrückung und Unterdrückung von LGBTQIA-Personen, volle Rechte inkl. Self-ID
- * Solidarität mit Palästina gegen Genozid und Besatzung

Faschismus im Keim ersticken!

- * Keinen Fußbreit für Identitäre und Co.
- * Nazi-Aufmärsche massenhaft verhindern
- * Antifaschistischen Selbstschutz organisieren

Eine nachhaltige Zukunft!

- * Schnellstmöglicher Ausstieg aus fossiler Energie
- * Klimakiller wie die OMV enteig-

nen und Umbau für die ökologische Transformation unter Arbeiter*innenkontrolle

- * Demokratische Planung der Wirtschaft nach ökologischen und sozialen Gesichtspunkten

Ein Ende dem Kapitalismus!

- * Banken und Konzerne verstaatlichen
- * Enteignet die Kapitalist*innenklasse
- * Arbeiter*innenkontrolle in allen Unternehmen
- * Demokratische Planung statt Marktversagen

Für die Revolution!

- * Aufbau einer neuen revolutionären Arbeiter*innenpartei und Internationale
- * Rätemacht gegen den kapitalistischen Staat
- * Schluss mit Ausbeutung und Unterdrückung
- * Für die klassenlose, kommunistische Gesellschaft